

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Son- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Verlag: Herford Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt & Hammer

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte 10 Pfennig oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Allmählicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 83.

Herford, Freitag, den 9. April 1920

30. Jahrgang

Der französische Gewaltstreik.

Neue Mordtaten.

Einzelheiten vom Einmarsch der Franzosen.

M. Genf, 8. April. Die ersten französischen Truppen, die in Frankfurt einrückten, waren Schwarze, in der Hauptsache marokkanische Scharfschützen. Sie gingen im Gänsemarsch die beiden Bürgersteige entlang. Ihnen folgten Tanks und Offiziere zu Pferde. Einige Arbeiter, die zur Arbeit gingen, wurden festgehalten und gezwungen, Führerdienste zu leisten. Der Bahnhof wurde an allen wichtigen Punkten besetzt, doch wurde der Verkehr der einzelnen Züge nicht unterbrochen. Die Arbeiter, die mit den Frühlingsanfangen, gingen ruhig in ihre Fabriken, nachdem sie an den Plakatsäulen die Kundgebungen des Generals Degoutte schweigend gelesen hatten. 30 Mann der freiwilligen Sicherheitswehr, die mit Köpfen Frankfurt verlassen wollten, wurden am Bahnhof verhaftet. Im Laufe des Tages sind dann noch 300 Mann in den Kasernen festgenommen worden. Um ein Entkommen dieser Truppe zu verhindern, waren schon gleichzeitig Kavallerie- und Infanterie in den Straßen und auf den Dächern der Stadt verteilt. In Frankfurt steht fast alles still. Die Generale Degoutte und Gaudin haben im Hotel Charlton Wohnung, wo sie die deutschen Behörden empfangen.

M. Frankfurt a. M., 8. April. Nach der Befehls von Gaudin ist die französische Rheinflottille in Hanau eingetroffen. In Wiesbaden wurde am Montagabend, nachdem die dortigen Besatzungstruppen sich gegen Frankfurt in Marsch gesetzt hatten, der Besatzungszustand verhängt. Die französischen Militärbehörden haben gestern nachmittag vom Magistrat der Stadt Frankfurt ein Ultimatum für 200 Offiziere bzw. Offiziersfamilien Bürgerquartiere, was darauf schließen lässt, daß sich die französische Besatzung auf ein längeres Verweilen in Frankfurt einrichtet.

M. Rotterdam, 8. April. Aus Paris wird gemeldet: Daß sich Frankfurt auf eine militärische Aktion vorbereitet hatte, beweist der Umstand, daß vor 4 Wochen beschlossen wurde, die Haftstrafe 1918, die am 15. April erloschen werden sollte, noch wenigstens 6 Wochen unter Waffen behalten zu wollen. Gegenüber einem Vertreter der „United Press“ erklärte Millerand: Die französische Armee ist bereit, mit Deutschland abzurechnen, wenn Deutschland nicht seine Truppen von der Ruhr zurückzieht. Wir hoffen, daß unsere Verbündeten diese Aktion unterstützen werden.

Degoutte über seine Aufgaben in Frankfurt.

M. Basel, 8. April. Der Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Frankfurt General Degoutte empfing den Frankfurter Mitarbeiter der „Bas. Natg.“ und erklärte ihm: Ich bin Soldat und erhalte den Befehl zu marschieren. Warum wir hier sind, bedarf keiner Aufklärung. Deutschland hat trotz aller Ermahnungen mit dem Einmarsch der Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet den Friedensvertrag in schwerster Weise verletzt. Aber die Einwohner von Frankfurt brauchen keine Befürchtungen zu hegen, vorausgesetzt, daß sie sich ruhig verhalten werden und den Befehlen nachkommen, die überall angeschlagen sind. Ich glaube und hoffe, daß sich sehr bald die gleichen Verhältnisse herstellen lassen, wie in den früher von uns besetzten Gebieten. Auf die Frage, ob trotz der Besetzung die hiesige Einwohnerwehr aufrechterhalten werde, antwortete der General: Auf keinen Fall, wir werden keinerlei derartige Truppen hier dulden, hier befindet sich nur eine.

Protest der Stadtverwaltung.

M. Frankfurt, 8. April. Die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt-Main haben beim Oberkommandierenden General der Besatzungstruppen, Degoutte, in Mainz wie folgt Verwahrung gegen die Besetzung Frankfurts eingelegt: Der Magistrat und die Stadtverordneten, als die berechtigten Vertreter der Frankfurter Bürger, legen feierlichst Verwahrung gegen die dem Friedenszustand widersprechende Besetzung der Stadt Frankfurt ein. Sie erwarten — einmütig mit der gesamten Bevölkerung — daß der völkerrechtliche und gesetzmäßige Zustand alsbald wieder hergestellt wird.

Neue französische Mordtaten.

M. Berlin, 8. April. Zur Feststellung der vordersten französischen Postenlinie wurden gestern von der zuständigen militärischen Stelle drei Offizierspatrouillen entsandt. Der mittlere Patrouille wurde in Oberwohldorf von einem Zivilisten gefolgt, in Niederwohldorf befand sich eine französische Patrouille. Der Patrouillenführer Graf Kalnein erklärte hierauf, er wolle zur Klärung der Lage, wenn irgend möglich mit der Unterführung der Patrouille selber sprechen. Als die Patrouille durch die Unterführung kurz vor Niederwohldorf ritt, wurde sie von den französischen Posten angerufen, worauf der Patrouillenführer sofort antwortete. Während der Antwort sprangen mehrere französische Posten vom Bahndamm auf die Straße, sodaß das Pferd des Grafen Kalnein scheute und Reht machte. Ohne weiteres gab nun die französische Patrouille ungefähr 12-15 Schüsse ab. Die Patrouille machte sofort Reht und ritt in die Richtung Oberwohldorf zurück. Hierbei wurde der Patrouillenführer Kalnein durch 2 Schüsse in den Unterarm und Rücken schwer verletzt und ist dann gestorben.

Das Neueste vom Tage.

Der Reichskanzler versicherte Abordnungen aus dem Kreise Wonschau und der Stadt Aachen, daß alles mögliche getan werden solle, um den Beschluß der deutsch-belgischen Grenzkommission, wodurch die Eisenbahn Kaltensherberge und das von ihr umschlossene Gebiet Belgien zugewiesen werden, rückgängig zu machen.

In Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages ist mit der Ablieferung des Restes der deutschen Kriegsschiffe begonnen worden. Als erste sind das Linienschiff „Raffa“ und das Linienschiff „Ostfriesland“ am Mittwoch früh im Firth of Forth eingetroffen.

Der deutsche Minensucher U. 3. 18, der in die Zudee einfuhr und von den niederländischen Behörden unter militärische Wache gestellt wurde, wird den deutschen Marinebehörden zurückgegeben. Der von Bord gegangene und in Amsterdam verhaftete Kommandant, der das Fahrzeug zu verkaufen versucht hatte, sowie drei Leute der Besatzung bleiben zur Verfügung der Gerichtsbehörden.

In Brüssel tritt in der dritten Maiwoche eine internationale Finanzkonferenz zusammen, die sich vor allem mit der Lage des Wechselkurses in den verschiedenen Ländern befaßt wird.

In Bayern muß wegen völliger Stockung der Kohlenlieferung, die durch die Unruhen im Ruhrrevier eingetreten ist, der Personenverkehr wieder aufs Äußerste eingeschränkt werden.

Die Schweiz will sich von der finanziellen Hilfsaktion für Oesterreich zurückziehen, wenn nicht die Hauptbeteiligten an dem Angriff gegen den schweizerischen Fabrikdirektor Zweifel in Neuenkirchen in Haft genommen würden.

Raut „Telegraph“ melden die „Times“ aus Abos, daß die bolschewistischen Truppen bei Moneh sich versammeln. Der finnische Minister des Auswärtigen und der Vorsitzende des finnischen Parlaments sind von Gelsingfors nach London gefahren.

Die Pariser Zeitungen erwähnen mit keiner Silbe die blutigen Vorgänge in Frankfurt. Es wird im Gegenteil durchweg betont, daß sich die Besetzung ohne jeden Zwischenfall vollzogen habe.

Recht Parisien meldet aus London über die allgemeine Stimmung: Man glaubt nicht, daß sich die von militärischer Seite gewünschte Beteiligung Englands an dem Vorgehen Frankreichs durchführen lassen wird, aber die englische Regierung wird der französischen Intervention keine Schwierigkeiten bereiten.

Aus New York wird gemeldet, daß die Regierungspresse außer den „Times“ die Besetzung weiterer deutscher Städte verurteilt.

Soldaten nicht sofort genügend Platz gemacht. Als ein kleiner Junge einen Stein warf, gab der Führer der Wache das Signal zum Schießen. 6 Zivilisten wurden getötet und 35 verwundet. Französische Soldaten wurden im weiteren Verlaufe mißhandelt, aber nicht getötet. Das Gerücht von der Tötung stammt daher, daß einige von ihnen beim Appell nicht zur Stelle waren. Näheres konnte bisher nicht festgestellt werden. Untersuchungen von französischer Seite wurden eingeleitet. Der stellvertretende Regierungspräsident, Kohnmann, und der Polizeipräsident leiteten auch ihrerseits eine Untersuchung ein. Heute früh wurde eine Frau am Bahnhof durch den Fuß geschossen und etwas später wurde ein junges Mädchen erschossen, weil sie die Waffensperre überschritten hatte, welche die Franzosen um die am Hauptbahnhof aufgestellten Tanks gezogen haben.

Heute nacht ist ein großer Truppentransport in Stärke von einer Division in Frankfurt eingetroffen.

Austritt aus der alliierten Rheinlandkommission.

M. Hamburg, 8. April. Wie dem „Hamb. Fremdenblatt“ aus Frankfurt gemeldet wird, ist der Vertreter der Vereinigten Staaten nach Meinungsäusgleich mit Washington aus der alliierten Rheinlandkommission ausgeschieden.

M. Haag, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.) Das amerikanische auswärtige Amt teilt mit, daß die Vereinigten Staaten gemeinsam mit England und Italien bezüglich der Besetzung Frankreichs und anderer deutscher Städte unterhandelt haben. Weitere Einzelheiten hierüber werden nicht mitgeteilt, aber obgleich in offiziellen Kreisen die Besetzung als eine Handlung, die durch ein einziges Band unternommen wird, angesehen wird, erwartet man doch, daß die

Vereinigten Staaten mit den anderen Alliierten eine wohlwollende Haltung einnehmen und nicht intervenieren werden. In Kreisen des amerikanischen Senats glaubt man, daß der Senat sich gegen die Verwendung amerikanischer Truppen im Ruhrgebiet erklären wird, wenn es dort zu Zusammenstößen zwischen deutschen und französischen Truppen kommen sollte.

Streiks im Auslande.

Belgien und Italien.

Metallarbeiterausstand in Lüttich.

M. Lüttich, 8. April. Die Metallarbeiter traten in den Ausstand. Er umfaßt bereits 10 000 Arbeiter, die die Einführung des Achtstundentages verlangen.

Arbeiterunruhen in Italien.

M. Rom, 8. April. Nach Blättermeldungen ist in Pisa, Florenz und Livorno der Generalstreik proklamiert. Auch die Eisenbahner nehmen daran teil.

M. Mailand, 8. April. Corriere della Sera meldet: Der Ausstand in der Papierindustrie dauert unvermindert. Der Generalstreik dauert in Bologna, Piacenza, Modena und Florenz an. Die sozialistische Parteileitung hat die unverzügliche Einstellung der Bewegung noch in der Nacht angeordnet. Da der Streik von lokalen Arbeiterorganisationen ohne Ermächtigung durch den Allgemeinen Arbeiterbund oder die sozialistische Parteileitung ins Werk gesetzt wurde, hofft man, daß morgen die Arbeit wieder aufgenommen wird.

M. Rom, 8. April. Die Blätter melden, daß in Bari ungefähr 10 000 Landarbeiter in die Staatsdomänen einstrangen. Truppen umgelenkten die Arbeiter. Man befürchtet, daß es zu Zwischenfällen gekommen ist.

M. Mailand, 8. April. Secolo berichtet aus Modena, daß es am Mittwoch zwischen der Menge und den Carabinieri zu neuen Zwischenfällen gekommen sei, wobei 4 Tote und 50 Verwundete gegeben habe.

M. Mailand, 8. April. Corriere della Sera vernimmt aus Rom, daß dort die innere Lage Italiens mit einiger Besorgnis beurteilt wird. Grund dazu gebe die Proklamation des Streiks in Bologna und in anderen Verkehrszentren.

M. Mailand, 8. April. Die Blätter berichten, daß der in Bologna ausgebrochene Proteststreik fortbauere, doch haben die Eisenbahner des gesamten Distrikts Bologna den Dienst wieder aufgenommen.

M. Mailand, 8. April. Avanti veröffentlicht folgende Erklärung: Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Italiens nimmt an, daß die fortwährenden Vergewaltigungen und Exzesse, die sich in verschiedenen Teilen Italiens immer wiederholen, zu einem revolutionären Ausgang führen müßten. Deshalb hält die Parteileitung es für dringend notwendig, daß sich das Proletariat auf eine geschlossene Aktion vorbereitet.

Ruhrgebiet.

M. Elberfeld, 8. April. Heute nacht 12½ Uhr veranstalteten einige flüchtige Rotgardisten am Bodelsberg aus unbekannten Gründen eine Schießerei. Als die Radauflügler von der Einwohnerwehr entwaflnet werden sollten, leistete einer von ihnen Widerstand, der schließlich durch einen Schuß tödlich verletzt wurde. Einer der Sicherheitsbeamten trug leichtere Verletzungen davon. Bei dem Getöten handelte es sich um den Rotgardistenführer Christmann aus Essen.

M. Bielefeld, 8. April. Die Meldungen über Kämpfe zwischen roten Truppenteilen und Reichswehr sind unzutreffend. Bisher sind Reichswehrtruppen überhaupt nicht gesehen; allerdings wird mit ihrem Einrücken gerechnet.

Kommunistische Übergriffe.

M. Halle (Saale), 8. April. Der halleische „Volksstimme“ zufolge ist in der Nacht zum Mittwoch in dem Städtchen Delitzsch (Provinz Sachsen) der Landrat von Delitzsch von bewaffneten Arbeitern verhaftet worden. Die Verhaftung und die Gründe dafür sind gestern durch rote Plakate bekannt gegeben worden. Der Landrat soll danach angeblich an den blutigen Vorfällen vom 18. März Schuld sein. Die Unabhängigen sind an dem Putsch nicht beteiligt, auch die Kommunisten bestreiten ihre Beteiligung an diesem Überfall. Einer späteren Meldung der „Volksstimme“ zufolge ist der Landrat von dem unabhängigen Führer Beder wieder aus der Haft entlassen worden.

M. Magdeburg, 8. April. Aus Stendal wird der sozialdemokratischen Magdeburger „Volksstimme“ berichtet: In der Nacht zum Mittwoch gegen 4 Uhr erschienen 4 Männer in einem Automobil vor der Wohnung des Landtagsabgeordneten Brandenburg in Stendal. Unter dem Vorgeben, einen wichtigen Brief aus Berlin abgeben zu müssen, fanden sie Einlaß, verhafteten darauf den Genossen Brandenburg und schafften ihn, nur halb bekleidet, im Auto fort. Es handelt sich anscheinend um einen Gewaltakt der Kommunisten. Auch in Tangermünde haben diese die Herrschaft an sich gerissen. Der Landrat Rosenbruch befindet sich ebenfalls in den Händen der Kommunisten.

Magdeburg, 8. April. Die Kommunistenherrschaft in Tangermünde ist schnell zu Ende gegangen. Alle verhafteten Personen, worunter sich auch der Bürgermeister und der Stadtkretär von Tangermünde, sowie der Fabrikdirektor Mehe befanden, sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden; ebenso der Landtagsabgeordnete Brandenburg, der kommunistische Landrat Rosenbruch und Meßfor Stangenberg. Reichs- und Einwohnerwehr haben die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Führer des Putzsches sind entflohen. Der Bezirk, von dem Tangermünde völlig abgeschnitten war, wird heute vormittag wieder aufgenommen. Die Kommunisten hatten zum Eintritt in die Rote Armee aufgefordert, wobei sie freie Verpflegung und 15 M. Tagesgeld versprochen. Der überwiegende Teil der Arbeiterklasse, der durch Terror zum Generalstreik gezwungen worden war, ist auf die Putzschisten tief erbittert und kehrt heute zur Arbeit zurück.

Die neuen Reichswahlkreise.

Der jetzt der Deutschen Nationalversammlung zugewandene Entwurf eines Reichswahlgesetzes enthält eine genaue Uebersicht über die Einteilung der Wahlkreise und der Verbandswahlkreise. Mehrere Wahlkreise werden nach dem Entwurf immer zu einem Verbandswahlkreis zusammengefaßt, und die überschüssigen Stimmen eines Wahlkreises, auf die kein Abgeordneter entfallen ist, werden mit den überschüssigen der anderen Wahlkreise innerhalb eines Verbandswahlkreises zusammengezählt, so daß also neben den Wahlkreisen auch der übergeordnete Verbandswahlkreis so viel Abgeordnete zu stellen vermag, wie Stimmen bei der Wahl in den Einzelkreisen übriggeblieben sind. Die 122 Wahlkreise gliedern sich in 21 Verbandswahlkreise.

Für unsere Gegend bemerkenswert sind folgende Wahlkreise:

Sachsen I umfaßt die Wahlkreise: 34 Stendal (4 Abg.), 35 Magdeburg (4 Abg.), 39 Dessau-Neudorf (4 Abg.), 37 Bitterfeld (4 Abg.), 38 Halle-Elstleben (4 Abg.), 39 Naumburg-Weissenfels (3 Abg.).

Schleswig-Holstein-Hamburg umfaßt die Wahlkreise: 41 Flensburg (4 Abg.), 42 Kiel (5 Abg.), 43 Altona (5 Abg.), 113 Hamburg I (5 Abg.), 114 Hamburg II (4 Abgeordnete).

Niedersachsen umfaßt die Wahlkreise: 44 Aurich-Emden (3 Abg.), 45 Osnabrück (4 Abg.), 49 Harburg (5 Abg.), 118 Oldenburg (4 Abg.), 119 Bremen (3 Abg.).

Hannover umfaßt die Wahlkreise: 46 Hannover (5 Abg.), 47 Göttingen-Hildesheim (5 Abg.), 48 Lüneburg (4 Abg.), 117 Braunschweig (4 Abg.).

Westfalen-Nord umfaßt die Wahlkreise: 50 Münster (5 Abg.), 51 Beckinghausen (5 Abg.).

52 Herford-Minden (5 Abg.).

53 Westfalen-Süd umfaßt die Wahlkreise: 54 Gelsenkirchen (5 Abg.), 55 Dortmund (4 Abg.), 56 Bochum (4 Abg.), 57 Hagen (5 Abg.), 58 Rüdelscheid (4 Abg.).

Rheinland-Nord umfaßt die Wahlkreise: 64 Moers-Wesel (4 Abg.), 65 Duisburg (5 Abg.), 66 Krefeld (4 Abg.), 67 Düsseldorf (4 Abg.), 68 Essen (5 Abg.), 69 Barmen-Elberfeld (4 Abg.), 70 Remscheid-Solingen (4 Abgeordnete).

Rheinland-Süd umfaßt die Wahlkreise: 71 Köln (5 Abg.), 72 Gummersbach (3 Abg.), 73 Bonn (3 Abg.), 74 Koblenz (3 Abg.), 75 Neuwied (3 Abg.), 76 Trier (4 Abg.), 77 Aachen (5 Abg.).

Wie Lüttwisch die Rechtsparteien einweihete

Die Führer der beiden Rechtsparteien sind schon in den ersten Märztagen von General v. Lüttwisch über seine Absichten unterrichtet worden. Führer der Rechten haben darüber in der „Deutschen Tageszeitung“ (27. März, Abend) und in der „Kreuzzeitung“ (28. März, Morgen) eine „authentische Darstellung“ veröffentlicht, die bemerkenswerte Angaben enthält. Aus ihr geht hervor, daß der Plan, der am 18. März zur Ausführung kam, von Lüttwisch von langer Hand vorbereitet, aber auch in seiner Umgebung nicht überall gebilligt worden ist. In der „authentischen Darstellung“ heißt es wörtlich:

„Am Abend des 3. März wurde der Abg. Hergt unerwartet von einem ihm bis dahin unbekannten höheren Offizier aufgesucht, der ihm mitteilte, daß in der Reichswehr eine zunehmende Beunruhigung Platz gegriffen hätte und der General v. Lüttwisch sich anscheinend mit dem Gedanken trüge, an die Regierung mit Forderungen heranzutreten, die in ihrer weiteren Folge unter Umständen zu scharfen Gegenmaßnahmen zwischen Regierung und Reichswehr und damit zu ganz unmöglichen Verhältnissen führen könnten. In der militärischen Umgebung des Generals v. Lüttwisch wie auch in weiteren militärischen Kreisen sei man sich darüber klar, daß jeder Möglichkeit von Konflikten vorgebeugt werden müsse. Am dies mit größter Sicherheit zu erreichen, habe man Herrn v. Lüttwisch den Vorschlag gemacht, sich u. a. auch bei den beiden Rechtsparteien Rat zu holen. Die Führer der Rechtsparteien, von denen man überzeugt sei, daß sie mit aller Entschiedenheit zu einer Verständigung mit der Regierung rufen würden, würden deshalb gebeten, sich zu einer solchen Unterredung im Falle der Einladung durch Herrn v. Lüttwisch zur Verfügung zu stellen. Dies wurde dem Offizier bereitwillig zugesagt.“

Am Morgen des 4. März lud Lüttwisch telephonisch zu einer Unterredung ein, an der außer den Führern der

beiden Rechtsparteien Hergt und Heintze, General v. Oldershausen teilnahm. General v. Lüttwisch hat hier die Führung in der Reichswehr zurückgeführt auf ungerechte Behandlung, lebhaftes Beforgnis wegen Auflösung einzelner Truppenteile und wegen der vor Ostern drohenden bolschewistischen Gefahr. So habe sich namentlich „unter dem jüngeren Offizierskorps immer mehr die Ueberzeugung gebildet, daß die Truppe selbst dazu helfen müsse, um die Regierung zu veranlassen, sich der Auflösung der Truppe anzuschließen“. Im Wege einer Audienz (1) — so sagte Lüttwisch — hoffe man bei der Regierung das Erforderliche zu erreichen: „Die Regierung werde schon nachgeben, wenn sie erkenne, wie ernst es der Truppe mit ihren Wünschen und Beschwerden sei; es sei auch schon mit der Regierung durch einen Mittelsmann, der ihr die volle Aufklärung geben werde: Fühlung genommen.“

Bei der Unsicherheit, mit der General v. Lüttwisch seine Ausführungen machte, und der Unklarheit seiner Ziele, gewannen die Parteivertreter den Eindruck, daß der General wohl mit seiner Auffassung der Situation ziemlich allein stünde und hinter der ganzen Sache nichts stecke, so daß die von ihm geäußerten Bedenken, zumal auch General v. Oldershausen entschieden der Meinung Ausdruck gab, daß eine militärische Aktion gegen die Regierung nicht in Betracht kommen dürfe, nicht ernst zu nehmen seien. Um aber ihre Pflicht nach jeder Richtung zu genügen, wiesen sie mit allem Nachdruck auf die Gefahren hin, die in einem unvorsichtigen Vorgehen des Militärs liegen könnten. Sei der Stein erst einmal zum Rollen gebracht, so sei es schwer, ihn aufzuhalten, und wenn an die Regierung Forderungen gestellt würden, die diese nicht annehmen könne, so werde möglicherweise ein Konflikt heraufbeschworen, aus dem es schwer einen Ausweg gebe. An einen ernsthaften militärischen Druck könne und dürfe aber im Ernst nicht gedacht werden: ein solcher sei „Wahnsinn“ — dieser Ausdruck ist direkt gebraucht worden — und die beiden Parteien der Rechten würden jeden derartigen Druck mit einer glatten Abgabe beantworten, wie dem General übrigens schon aus ihrer bisherigen Stellung zur Genüge bekannt geworden sein müsse. Damit seien aber natürlich Pläne dieser Art, wenn man sie rein theoretisch einmal als bestehend annehmen wolle, von vornherein zur völligen Ausschließlichkeit verurteilt. Ein militärischer Druck verschärfe die Situation in unerträglicher Weise und schädige die natürliche Entwicklung des Volks- und Wirtschaftslebens, die sich nach gewissen Anzeichen erfreulicherweise zu verbessern scheine.

Die Vertreter der Rechtsparteien glaubten den General beschwichtigen zu können durch die Wirkung der von ihnen vorbereiteten Interpellation über die Neuwahlen und der Sündenbündel-Kandidatur: „Wenn die Truppe von diesen Aktionen erfahre, werde sie sich ganz von selbst wieder beruhigen.“ Lüttwisch hat denn auch versprochen, daß die Entwicklung der Dinge auf jeden Fall erst einmal abgewartet werden müsse, und die Parteivertreter schieden mit der Ueberzeugung, daß der Gedanke eines militärischen Drucks, wenn er überhaupt bestanden haben sollte, gegenüber der ablehnenden Haltung der Rechtsparteien aufgegeben und für die Folgezeit nicht das Geringste zu befürchten sei.“ Am ein ungeschickliches Unternehmen glaubten Hergt und Heintze nicht, weil Lüttwisch ihnen gestattete ihren Fraktionen Mitteilung zu machen, da „ja gar nichts zu verbergen sei.“

Am 5. März hat Lüttwisch dann noch im Reichstag betont, „daß er sich seines Cides auf die Verfassung bewußt sei. Seine Ausführungen waren vielfach unklar und boten keinen Anlaß zu der Befürchtung, er plane irgendeine Gesetzwidrigkeit.“

Am 9. März erschien Lüttwisch nach der Verhandlung über die Interpellation wegen der Neuwahlen bei Hergt mit der Frage „was denn nun geschehen solle, nachdem die Regierung und die Mehrheitsparteien die Forderungen abgelehnt hätten“. Hergt antwortete, daß die Fraktionen auch jeden Druck des Militärs für unerträglich hielten: Das Militär müsse dem Rechnung tragen und nach wie vor durchaus Zurückhaltung üben. General v. Lüttwisch gab daraufhin die förmliche Zusicherung, daß eine ernsthafte Unternehmung oder sonst ein Vorstoß gegen die Regierung unter diesen Umständen nicht in Betracht komme.“

„Am so überraschter“ war der Abg. Hergt, als sich Herr v. Lüttwisch bereits am nächsten Tage (Mittwoch, 10. März) im Parteibüro einfand, aber erklärte, daß inzwischen eine völlige Veränderung der Dinge eingetreten sei, indem ihn die Regierung selbst auf Veranlassung des Mittelmannes zu einer Besprechung eingeladen habe und nach dem, was er erfahren, den Wünschen des Militärs in entgegenkommender Weise entsprechen werde.“ Er gab auch „beruhigende Zusicherungen“, daß ein Konflikt ausgeschlossen sei.

So weit die „authentische Darstellung“.

Was ergibt sich daraus? Es steht hiernach fest:

1. General v. Lüttwisch hat die Führer der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei schon am 4. März in seine Pläne eingeweiht.

2. Als er hier die erhoffte Unterstützung nicht fand, hat er sich gestellt, als ob er seine Absichten aufgab, und die Führer der Rechten haben ihm allzu leichtgläubig geglaubt.

3. Obwohl der Plan des Militärputsches schon am 4. März von den Führern der Rechtsparteien als Wahnsinn gekennzeichnet war, haben Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei am 13. März keineswegs in der Deffektivität gegen diesen Wahnsinn offen und scharf protestiert: Die Deutsche Volkspartei hat in ihrem Aufruf sogar ein Bekenntnis zu Lüttwisch abgelegt, und die Deutschnationale Volkspartei hat ihm jedenfalls nicht wie am 4. März eine „glatte Abgabe“ erteilt. Wie reimt sich das zusammen?

4. Lüttwisch hat als Grund für die Unzufriedenheit der Truppen nur angegeben: ungerechte Behandlung, drohende Auflösung und Gefahr des Bolschewismus. Erst die Führer der Rechtsparteien haben das Material geliefert, das dann nachträglich zur Rechtfertigung des Hochverrats als

Vorwand in den Vordergrund gestellt worden ist: Der frühere Wahltermin und die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk. Gerade diese Feststellung ist wichtig, weil sie beweist, daß die Behauptung, die Lüttwisch hätten die Verfassung nicht stützen, sondern nur für ihre Durchführung sorgen wollen, nur eine klägliche Ausrede und nichts als eine hohle Phrase ist.

5. „In der Umgebung“ von Lüttwisch, wie auch im weiteren militärischen Kreisen“ ist der Plan von Lüttwisch von vornherein als unheilvoll angesehen worden. Zur Rettung vor diesem Unheil wurden die Parteien der Rechten eingeweiht. Aber trotzdem ist das Unheil seinen Gang gegangen! D. P. K.

Deutsches Reich.

M. Berlin, 8. April. Die preussische Staatsregierung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, den bisherigen Polizeipräsidenten von Berlin, Eugen Ernst, zur Disposition zu stellen und an seiner Stelle den Polizeipräsidenten von Charlottenburg Richter zugleich zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Berlin zu ernennen.

M. Berlin, 8. April. Infolge der durch die Besetzung Frankfurt u. h. eingetretenen Verhältnisse wurde die Nationalversammlung auf Montag 8 Uhr nachmittags einberufen.

M. Berlin, 8. April. Generalmajor v. Brodbeck, der sich als oberster militärischer Führer in Magdeburg während der Rapp-Tage auf die Seite der Rapp-Regierung gestellt hatte und darum verhaftet worden war, ist nunmehr aus Gesundheitsrücksichten aus der Haft entlassen worden. Die heutige Sitzung der sozialdemokratischen Partei hat gegen diese Haftentlassung schriftlichen Protest eingelegt.

Nationalversammlung am Montag.

M. Berlin, 9. April. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Tagesordnung der Nationalversammlung am Montag steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Aktion im Ruhrgebiet und den französischen Einmarsch in den Maingau. Die Parteien werden eine gemeinsame Entschließung annehmen, die den französischen Einmarsch als Friedensbruch kennzeichnet und an den Völkern einen Appell richtet. Die Aussprache wird sehr lebhaft werden, da die Parteiführer auf dem Standpunkt stehen, daß die französische Politik es Deutschland unmöglich mache, seinen Wiederaufbau zu vollziehen und seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu erfüllen. Die Regierung wird der Entente die sofortige Abänderung des Friedensvertrages über die Behandlung der neutralen Zone vorschlagen.

Amtsüberlegung des Freiherrn v. Wangenheim.

M. Berlin, 8. April. Freiherr v. Wangenheim-Kleinpiegel, der unter der ungeschicklichen Rapp-Regierung zur Übernahme des Portefeuilles des Landwirtschaftsministers bereit war, hat nunmehr sein Amt als Vorsitzender der Pommerischen Landwirtschaftskammer niedergelegt. Die Wahl eines neuen Kammervorsitzenden ist angeordnet.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Herfords-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

9. April.

Lebensmittel.

Saatkartoffeln. Der Preis der Original Rembles Industrie-Saatkartoffeln, Staudenaussaate, beträgt nicht 40 M. sondern 45 M. je Zentner.

Lebensmittelliste der Stadt Herford.

— Auszeichnung. Aus Anlaß des Krieges sind weiter u. a. an westfälische Pfarrer und Pfarrfrauen zwei E. K. II. Kl. am weiß-schwarzen Bande und 73 Verdienstkreuze für Kriegshilfe verliehen worden. Unter den mit dem Verdienstkreuz Ausgezeichneten befindet sich auch Pfr. Baumann-Böhne, Pfr. Brünger-Exter, Pfr. Göle-Wallenbrück.

M. Auflösung der Einwohnerwehr. Das preussische Kabinett hat beschlossen, die Einwohnerwehren aufzulösen. Im Anschluß an den hierauf bezüglichen Erlaß der Reichsregierung werden die Oberpräsidenten sofort entsprechend angewiesen.

M. Herford-Minden heißt der Wahlkreis 52 nach dem Entwurf eines Reichswahlgesetzes, das der Nationalversammlung jetzt vorliegt. Der Wahlkreis hat 5 Abgeordnete zu wählen. Wenn wir recht unterrichtet sind, entfallen auf den Wahlkreis folgende Gebiete: Stadtkreis Herford, Landkreis Herford, Kreis Minden, Kreis Lübbecke, Kreis Grafschaft Schaumburg (Minteln), Schaumburg Lippe, Lippe-Deimold, Kreis Pyrmont. Nach der bisherigen Wahlkreiseinteilung war Herford ein Teil des Wahlkreises Minden-Münster.

— Bevorstehende Herabsetzung des Silberpreises. Die Reichsbank, die nach dem Erlaß vom 2. Februar d. Js. allein das Silbergeld auslieferte, zahlte bisher für die Silbermark 8 M. Der Ankauf, der über das ganze Reich organisiert war, hat einen außerordentlichen Erfolg gehabt. Da aber der Silberkurs auf dem Weltmarkt in der letzten Zeit stark zurückgegangen ist, so beschließt die Reichsbank schon in den nächsten Tagen eine wesentliche Herabsetzung des Silbergeldpreises herbeizuführen. Der genaue Preis ist bis jetzt noch nicht festgelegt worden, doch dürften etwa für eine Silbermark in Zukunft nur noch etwa 6 M. gezahlt werden. Der Marktpreis ist, wie uns mitgeteilt wird, unverändert geblieben.

— Eisenbahnpersonalien. Dem Eisenbahnoberssekretär Rechnungsrat Burdewid in Bielefeld sind die Dienstverrichtungen eines Verkehrsinspektors beim Verkehrsamt Bielefeld übertragen worden. — Der Zivilsupernumerar Carl Freitag in Böhne hat die Fachprüfung erster Klasse bestanden. — Der Güterbodenarbeiter Siebrasse in Herford erhielt für 25jährige gütigenstellende Dienst-

en ist: Der
spräsidenten
wichtig, weil
thwig hätten
ihre Durch-
straße und
auch in
von Lüthwig
orden. Zur
der Rech-
heil seinem
D. P. K.

atsregierung
bisherigen
ur Disposi-
präsidenten
unifarmischen

die Befet-
wurde die
machmittags
der sich als
von der Rapp-
und darum
schließen aus
sozialdemo-
ischen Protest

ung.) Auf
am Montag
Reichsregie-
ranzösischen
den eine ge-
ranzösischen
an den Wöl-
wird sehr
Standpunkt
und unmög-
u seine
erfüllen.
Abänderung
neutralen

ein.
Klempiegel,
Ueberrahme
dar, hat nun-
der Wirtschaft-
verpflichten

berg.

151.
D. April.

al Rembes
ragt nicht
Herford.

sind weiter
zwei G. R.
dienstkreuze
dem Ver-
Hr. P. a. u.
Hr. Göte-

preussische
aufzulösen.
der Reichs-
entsprechend

2 nach dem
nationalber-
geordnete
stfallen auf
ord, Land-
kreis Graf-
ippe, Lippe-
Wahlkreis
s Minden-

eines. Die
war d. 3.
für die Sil-
Reich or-
gig gehabt.
der letzten
die Reichs-
che Gerabe
sch dürfen
etwa 6 M
mitgeteilt

bersekretär
die Dienst-
Verkehrs-
ubernahme
erster
e b r a s s e
be Dienst-

leistungen eine einmalige Lohnzulage von 50 M; der Güter-
bedenarbeiter K o h l s t ä d t in Blotho für 40jährige Tätig-
keit eine Lohnzulage von 100 M. Belohnungen für Ent-
deckung und Löschung eines Brandes erhielten Weichen-
heller 1. Kl. W e s l i n g, Rangiermeister R i c h t e r, Rangier-
führer K o l l i n g, Reserve-Lokomotivführer S t r e m-
m i n g, Lokomotivführer S t u d e n b e r g und die Lokomo-
tivbeizer R i e m e i e r und M ü l l e r II in Böhne. Die
Prüfung zum Eisenbahnbetriebsingenieur hat der bautech-
nische Eisenbahnsekretär N e u h o f in Detmold bestanden.
Die Prüfung zum Wagenmeister der Wagenaufsicht Fried-
rich H o p p e n w o r t h in Böhne.

h. Gänseküken werden in diesem Jahre in unserer
Gegend mit 60—70 M das Stück bezahlt, wenn sie etwa
eine Woche alt sind. Vor dem Kriege wurde dafür 1,20 M
bis 1,60 M verlangt.

p. Falsche 50 Markscheine. Zur Zeit sind sehr viele
falsche 50 Markscheine vom 30. November 1918 im Umlauf.
Diese tragen durchweg die Nr. 028 714 oder 714 028. Wer
schon vor Schaden schützen will, achte auf diese beiden
Nummern.

v. Nach der Heimat zog es mächtig einen Hund, dessen
Gerricht Anfang März von der Neustädter Feldmark nach
Böhren bei Meinberg verzoogen war. Nach 4 Wochen
Rettung benutzte er eine günstige Gelegenheit, um seine
alte Heimat in der Nähe des Studenberges wieder aufzu-
suchen und Besitz von der leeren Gasse zu nehmen, nachdem
er das Vertrauen der neuen Besitzer erlitten. Wie der
intelligente Schäferhund den 42 km. weiten Weg gefunden
hat, kann mit dem Begriff „tierischer Instinkt“ schwer er-
klärt werden.

m. Geschlossener Mühlenbetrieb. Die Mühle Heinrich
Reitemeyer, Mindenerstraße 86, ist wegen Unzuverlässigkeit
des Besitzers geschlossen worden.

p. Wegen Uebertretung des Feld- und Forstpolizei-
gesetzes, der Straßenpolizeiverordnung, der Polizeistunde
und verbotswidrigen Raufschens auf Willen. Trottoiren
wurden eine Anzahl Personen zur Anzeige gebracht.

p. Beschlagnahme wurden 25 Pfund Butter, 12 Pfund
Schmalz, 10 Pfund Butter und 12 Pfund Rollschinken.

p. Was alles gestohlen wird. Festgenommen wurde
der Arbeiter Arthur L., der unter verdächtigen Umständen
60 Pfund Bleirohr verkauft hat. — Ermittelt wurde
der Dieb, der am 2. Oftertage eine Zentrifuge aus der
landwirtschaftlichen Maschinenhalle gestohlen hatte.

p. Dieberei. Einem Agenten in der Friedhofstraße
wurde eine größere Menge Fleisch- und Wurstwaren und
etwa 30 Pfund Zabal gestohlen. Als Täter sind zwei Per-
sonen aus Essen ermittelt, die in demselben Hause bei
einer Familie G. eine Woche lang gewohnt haben. Die
Gefährten G. sind beide wegen Beihilfe bzw. Hehlerei fest-
genommen.

r. Kirchenkonzert. Auswärtige Künstler veranstalte-
ten am Mittwochabend in der Neustädter Kirche ein
Kirchenkonzert, das sich eines guten Besuches zu erfreuen
hatte. Herr P a u l G r ö p p l e r - Herford hatte seine be-
währte Kraft als Organist zur Verfügung gestellt und er-
reichte das Konzert mit einer Locata und Fuge D-moll
von J. S. Bach, einer viel gespielten Orgelkomposition,
deren kunstvoller Aufbau eindrucksvoll zur Geltung kam.
In Frau G e r t r u d B a h a - S c h r ö d e r aus Bielefeld
lernte Herford eine Sopranistin von guter stimmlicher An-
lage, trefflicher Schulung und musikalischen Empfinden
kennen. Gleich die erste Darbietung, die Arie „Jerusalem,
die du tötest“ aus Mendelssohns Oratorium „Paulus“,
offenbarte die Vorzüge der Sängerin, nicht weniger die
Bach'sche Arie „Bist du bei mir“, deren religiöse Innerlich-
keit sie nahezu restlos erschöpfte. Das musikalisch leichter
fassliche Lied „Mache mich fertig, o Jesu“ von Albert Becker
verwirklichte seine Wirkung um so weniger, als der Refrain,
vom Orgelschall unter Paul Gröpplers Leitung sein ab-
geklärt gelungen, in der Wiederholung erklang. In Max
Wegers „Maria Wiegenlied“, das an des „großen Thomas-
Kantors“ innerliche Kraft und Größe erinnert, zeigte sich
Frau Bahya-Schröder auf der gleichen musikalischen und
langlichen Höhe. Viele Musikfreunde werden Herrn Pro-
fessor R i c h a r d S a h l a (Bielefeld), dem in Herford
schon mehrfach hervorgetretenen Geiger von klassischem
Maß, mit besonderem Genuß gelauscht haben. Man konnte
weder Sahlas meisterhafte, minutiöse Vorgehensweise be-
wundern und an seiner prachtvollen Dynamik hatte man
ungetrübte Freude. Er zeigte seine gereifte Kunst in
der gewaltigen Chaconne von Tommaso Vitali, einem Vor-
läufer des alten Bach. Und dennoch: der Schreiber dieser
Zeilen konnte sich bisweilen eines Gefühls der Härte und
Kälte beim Spiel auf der A- und G-Saite nicht erwehren.
— Was indessen einzig und allein der Musik der Johannis-
kirche zur Last zu legen ist, die für Orgel und Gesang
sehr günstig, für die höheren Töne der Violine aber offen-
bar minder vorteilhaft ist. Noch mehr fiel mir diese Un-
günstigkeit der Musik bei der Sonate G-moll für zwei Violinen
und Orgel von Handel und dem Largo aus dem D-moll-
Konzert für zwei Violinen und Orgel von J. S. Bach auf.
Die Professor Sahla gemeinschaftlich mit Herrn Albert
Bahya (Bielefeld) spielte, weshalb es schwer fällt, über
die Leistung der letzteren ein Urteil zu fällen. Technisch
sahen das Spiel des Herrn Bahya, eines Schülers Sahlas,
auf einer annehmbaren Höhe zu stehen; um festzustellen,
ob er auch den großen kraftgeschwellten Ton seines Lehrers
hat, müßte man ihn im Konzertsaal und dann mit einem
Solo hören. Die Orgelbegleitung führte Herr P a u l
G r ö p p l e r anerkanntenswerth durch.

Der Bäckereigewerbeverein „Germania“ feiert am
Sonntag, den 10. April, im „Bürgerverein“ sein Früh-
lingsfest unter Mitwirkung des beliebten Komikers Joseffi.

Der Reichsbund der Kriegsgeschädigten hält morgen,
nachmittags 3 Uhr, bei Delius eine Kreisversammlung ab.

Amt Herford-Biddenhausen.

Sundern, 8. April. Seit dem 1. April hat Herr F. W.
Schulz, der hier 16 Jahre auf der Brauerei zum Felsen-
teller als Obergärtner in Stellung war, Sundern verlassen,
um die Bewirtschaftung des Schlichte'schen Gutes in Ho-
berge bei Steinhagen zu übernehmen. Wegen seiner reichen
Fachkenntnisse war Herr Schulz von der Landwirtschafts-
kammer in Münster zum Mitglied der Prüfungskommission
ernannt. Dadurch, daß Herr Schulz sein großes Wissen
jederzeit der Allgemeinheit in liebenswürdiger Weise frei
zur Verfügung stellte, indem er in Obst- und Gartenbau-
vereinen Vorträge hielt, hat er sich in weiten Kreisen
viele Freunde erworben. Auf Antrag des Amtes Herford-
Biddenhausen hielt Herr Schulz im letzten Kriegsjahre in
sämtlichen Orten des Amtes Vorträge über Obst- und
Gartenbaukulturen. Auf seine Anregung entstanden eine
Reihe neuer Obst- und Gartenbauvereine. Viele, die aus
dem Vorn seines Wissens geschöpft, bedauern seinen Fort-
gang aus Lebhaftigkeit; sie, wie auch die Behörden, sind
Herrn Schulz für seine langjährige, segensreiche Tätigkeit
zu Dank verpflichtet.

Amt Gohfeld-Mennighöfen.

Melbergen, 7. April. Am 8. April vollendet der Bahn-
wärter A. D. Christian Wase, Melbergen 165, sein 100. Le-
bensjahr. Wase stammt aus Gohfeld, Kreis Lübbecke,
kam in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nach
hier und arbeitete an der Wlun-Mindener Bahn, die da-
mals erbaut wurde, wurde dann Bahnwärter und siedelte
sich hier an. Der Hundertjährige ist noch geistig völlig
frisch und körperlich so rüstig, daß er noch täglich seine
Ausgänge macht.

Amt Blotho.

e. Blotho, 7. April. Seit 1. April verläßt der bisher
7,13 Uhr von Blotho fahrende Frühzug auf Antrag der
Arbeiterchaft hin Blotho bereits um 6,01 Uhr, um im
Böhne wichtige Anschlüsse herzustellen. Da heißt es für
Viele schon um 5 Uhr morgens aufzustehen. Unsere jungen
Menschenkindern, besonders auch den Schülern, scheint das
Frühauftreten aber besonders schwer zu fallen, und darum
sammeln sie bereits Unterschriften, um die Späterlegung
des Zuges zu erwirken.

Id. Minden, 7. April. Der wegen Gräberschändung und
schwerer Diebstähle gefaschte Arbeiter Menhe von hier wurde ge-
stern ergriffen und ins Gefängnis gebracht. Dort hat er sich in
seiner Zelle erhängt.

Id. Minden, 8. April. Diebe haben aus einem Schuppen
nachts Magnete, viel Bronzegegenstände, Verbindungshähne und
Schloßringe sowie Werkzeuge im Gesamtwert von 25—30 000 M.
gestohlen. — Aus einem Schuppen am Bahnhof Heile wurde ein
Gleichstrommotor von 8 PS mit Nr. 77 454/220 im Werte von
30—40 000 M. entwendet. Ferner einem Kaufmann in Lübbecke
eine 8 Jahre alte dunkelbraune Stute im Werte von 8000 M.

Eine Viertelmillion Mark unterschlagen.

M. Berlin, 8. April. Durch jahrelange Unterschlagungen und
Fälschungen sind die Neußliner Bank und die Stadtkasse in Neu-
ßlin um über eine Viertelmillion Mark geschädigt worden. Der
Kassierer Kraft und der Buchhalter Kriedemann haben im ganzen
267 500 Mark veruntreut und sind verhaftet worden.

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlicht wir Zusendungen aus unserem
Leserkreis, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)
Heute morgen bis nach 6 Uhr drammten wieder in der Stadt
die Straßenlaternen, obgleich in der Herforder Zeitung wieder-
holt darauf aufmerksam gemacht ist.

Sport.

Fußballsport. Die rühmlichst bekannte Ligamannschaft des
V. F. V. Leipzig stand an einem der Feiertage der Ligamannschaft
des Mindener Sportklubs gegenüber. Das hochinteressante Spiel
endete mit einem Sieg 2:1 der augenblicklich in bester Form be-
findlichen Sportklubmannschaft. Letztere ist für Sonntag nach-
mittag nach Herford verpflichtet. Die Herforder Mannschaft ist aus
den besten Spielern der Spielvereinigung und des S. C. Union
zusammengesetzt (v. Grapenborg, Neumann, Silberhorn, Linde-
mann, Ghermann, Schröder, Westerkamp, C. Decius, P. Decius,
Dietrich, Salomon). Es ist also ein Spiel zu erwarten, wie es
hier lange nicht gegeben wurde.

Aus der Tabakindustrie.

Erhöhte Preise für Pfeifentabak.

Von einer führenden Tabakfirma Westfalens wird geschrieben:
Die am 1. April in Kraft tretende neue Tabaksteuer (Wanderole-
Steuer) bringt für den Pfeifentabak eine weitere Erhöhung. Be-
gründet ist diese Erhöhung zunächst durch die Wanderole-Steuer
selbst, welche auch die bisher steuer- und zollfreien Stengelzöpfe
erfaßt; ferner dadurch, daß die Preise der in den letzten Monaten
zur Verteilung gelangten ausländischen Rohstoffe gegenüber den
inzwischen aufgearbeiteten Beständen aus dem vorigen Jahr ganz
erheblich gestiegen sind. Sodann sind die allgemeinen Kosten für
Gehälter, Löhne, Papier und Verpackung so bedeutend ge-
stiegen, daß dagegen der Fortfall des Wertzolls und der deutschen
Steuer nicht in dem Maße in die Erziehung tritt. Die deut-
schen Rauchtabak-Fabrikanten-Vereine haben den Mindest-Ver-
kaufspreis für ein Fünftel Pfund auf 7,50 Mark einschließlich
Wanderole festgesetzt.

Wirtschaftsleben.

Berliner Börse am 8. April.

Bei Beginn der Börse lagen aus Holland Privatmeldungen
von einer wesentlichen Besserung des Marktfurkes vor, die hier
bei nachgehenden Kursen starkes Angebot in ausländischen Devisen,
namentlich Holland hervorriefen. Infolgedessen und teilweise
wegen der ungeklärten innerpolitischen Lage waren die Kurse an-
fangs stark rückgängig, am stärksten natürlich bei den direkt be-
troffenen Valutapapieren; so verloren Canada 225, Baltimore 35,
Deutsch-Webersee 100, Orientbahn 55, Otabi 300, South West 60
und Neuguinea bei Streichung des ersten Kurses 145. Auch Mexi-
kaner und Anatolier waren stark rückgängig. Diese Vorgänge be-

einflussten auch die Kursbildung für Montan-, Farb-, Elektro- und
Schiffahrtswerte ungünstig, sodaß einzelne Papiere 10 bis ver-
einzelt 20 Prozent nachgaben, wenn auch ganz wenige dieser Gat-
tungen trotz der allgemeinen Ermattung Kurserholungen durch-
setzten. Die übrigen Gebiete des Industriemarktes, einschließlich
Kalkfaktien, ausschließlich Petroleumwerte, die gut behauptet waren,
waren ebenfalls niedriger. Heimische Renten, besonders alte
Reichs- und preussische Anleihen waren fest. Oesterreichische und
ungarische vernachlässigt.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlung:	8. April		7. April	
	Geld	Satz	Geld	Satz
Amsterdam-Rotterdam 100 fl.	2172 1/2	2177 1/2	2387 1/2	2392 1/2
Brüssel-Antwerpen 100 Franken	414,60	415,40	434 1/2	435 1/2
Christiania 100 Kronen	1148 1/2	1151 1/2	1273 1/2	1276 1/2
Kopenhagen 100 Kronen	1098 1/2	1101 1/2	1198 1/2	1201 1/2
Stockholm 100 Kronen	1298 1/2	1301 1/2	1408 1/2	1411 1/2
Geisingfors 100 finn. Mark	319,65	320,35	351,60	352,40
Stalke 100 Litra	244,75	245,25	289,30	290,30
London 1 Pfd. Sterling	234,75	235,25	256,70	257,30
New York 1 Dollar	58,15	58,35	63,40	63,60
Paris 100 Franken	339,60	340,40	404,60	405,40
Schweiz 100 Franken	1078 1/2	1081 1/2	1128 1/2	1131 1/2
Spanien 100 Pesetas	1073 1/2	1076 1/2	1078 1/2	1081 1/2
Wien 100 Kronen	22,47	22,53	22,97	23,03
Wien in D.-Deut. abg. 100 Kr.	24,97	25,03	28,97	29,03
Braun 100 Franken	85,40	85,60	86,90	87,10
Budapest 100 Kronen	—	—	28,47	28,53

Berliner Produktenbörse vom 8. April. Amtlich notierte
Preise der Berliner Produktenbörse: Hafer für 1000 Kgr. loco
—, auf Abladung 3840—3700—3760 M ab Station. Tendenz
weichend.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kgr.
ab Station: Viktoriaerbsen 350—460 M, gelb. und grün. 250—350
M, Rotklee 175—195 M, Pferdebohnen 175—195 M, Wicken
155—170 M, Lupinen, gelbe 90—94 M, Serradella 85—98 M,
Gru, lose 48—50 M, Stroh, gepreßt 25—26 M, gebündelt 23 M,
Trockenschmelz 89—91 M, Pat. Steffen 108—110 M.

Danzig, 7. April. Die Handelskammer teilt mit, bei der Ein-
fuhr von Waren aus dem deutschen Reich ist eine Einfuhrbewilli-
gung von Danziger Seite nicht nötig. Die Waren unterliegen
nicht der Beschlagnahme durch die Danziger Behörden.

Kopenhagen, 7. April. Nach Meldungen aus Kristiania
sollen wegen Rohstoffmangel eine Anzahl Personenzüge, darunter
sämtliche Nachzüge nach dem Ausland eingestellt werden. Beab-
sichtigt ist, den Güterverkehr uneingeschränkt aufrechtzuerhalten.

Paris, 8. April. Die Bank von Frankreich hat ihren
Diskont von 5 auf 6 Prozent und auf Vorschläge von 6 auf 6 1/2
Prozent erhöht.

Erwerb deutscher Betriebe durch Amerikaner. In der Gegend
von Gera haben amerikanische Firmen eine Reihe industrieller
Unternehmungen erworben. In Triebes kauften sie drei große
Fabriken und ein Grundstück zur Errichtung einer Stickerie, in
Krafsdorf zwei große Schächtereien. Eine Schächtereie wollen sie
auch in Triebes errichten, wobei sie erklären, daß ihnen ausreichen-
des Rohmaterial zur Verfügung stehe.

Der Verband deutscher Herdfabrikanten hat den Steuerungs-
aufschlag auf die Preise bei emaillierten Herden auf 700 Prozent
und bei lackierten Herden auf 800 Prozent mit sofortiger Wirkung
erhöht.

Verzinslichen Dienst für Rostfälle

haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 11. April:
Sanitätsrat Dr. Bubbe und Dr. Simm.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den
Inferatenteil verantwortlich: G. Wese, beide in Herford.

In unser Handelsregister, Abt. A, Nr. 673 ist heute
die am 1. April 1920 begonnene, offene Handelsgesellschaft
unter der Firma „Mischall u. Koch“ in Herford eingetragen
worden. Persönlich haftende Gesellschafter sind: die Kauf-
leute Heinrich Koch und Max Mischall, beide zu Herford
wohnhaft.
Herford, den 8. April 1920.

Amtsgericht.

In unser Handelsregister, Abt. B, ist bei der „Herforder
Dampfkegelei Gesellschaft m. b. H.“ in Herford (Nr. 9 des
Registers) heute folgendes eingetragen worden: An Stelle
des Kaufmanns Otto Cramer ist der Kaufmann Paul
Weinberg in Herford als Geschäftsführer getreten. Die
Prokura des Paul Weinberg ist erloschen.
Herford, den 8. April 1920.

Amtsgericht.

In unser Handelsregister, Abt. A, Nr. 671 ist heute die
am 31. März 1920 begonnene, offene Handelsgesellschaft
unter der Firma „Schmidt u. Schildmann“ in Herford ein-
getragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Tisch-
ler Heinrich Schmidt, Gustav Schildmann und August
Schildmann, sämtlich zu Herford wohnhaft.
Herford, den 8. April 1920.

Amtsgericht.

In das Handelsregister, Abt. A, ist bei der Firma
„Gebr. Weingarten“ in Herford (Nr. 296 des Registers)
heute eingetragen worden, daß die Gesellschaft aufgelöst
und der Kaufmann Ludwig Weingarten in Herford allei-
niger Inhaber der Firma ist.
Herford, den 1. April 1920.

Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Als zugelaufen wurde gemeldet ein Hund (Dobermann, gut
dressiert). Eigentümer wolle sich innerhalb 8 Tagen im Amts-
hause — Zimmer 1 — melden.
Herford, den 7. April 1920.

Die Polizeiverwaltung des Amtes Herford-Biddenhausen.
In den Monaten Februar und März 1920 sind von mir 20
Jahresjagdscheine ausgestellt worden.

Der Landrat.

J. W. Winnigstedt, Rechnungsrat.

